

Integration und Migration
***– Die politische Herausforderung und die Erwartung
des Politikers an Christen in unserem Land***

Rede
von Bundesminister
Dr. Wolfgang Schäuble
beim 2. Forum Christ und Politik der
Deutschen Evangelischen Allianz
und der Konrad-Adenauer-Stiftung
am 29. März 2007 in Berlin

Migration ist kein neues Thema. Nach allem was wir wissen, ist Migration schon immer Teil menschlichen Lebens und der gesellschaftlichen Realität gewesen. Denken Sie nur an die zahlreichen Migrationsgeschichten in der Bibel: Abraham wandert aus dem Zweistromland nach Kanaan. Später wandert die gesamte Familie Jakobs nach Ägypten, dann die Israeliten unter Moses wieder zurück nach Kanaan und so weiter.

Wir können sogar noch weiter zurückgehen und fragen: Wenn es stimmt, dass die Menschen sich zuerst in Ostafrika entwickelt haben, wie kommt es, dass sie heute in

der ganzen Welt verbreitet sind? Offenbar hatten schon unsere Vorfahren vor zehntausenden von Jahren für Migration etwas übrig. Denken wir an die jüngere Geschichte, dann hat es wohl seinen Grund, dass viele Amerikaner Muller oder Schulz oder Schroder heißen; andererseits tragen viele Deutsche Namen, denen man ihren französischen oder polnischen Ursprung leicht ansieht. Schauen Sie etwa auf unsere Fußball-Nationalmannschaft.

Was heute neu ist und für uns eine besondere Herausforderung darstellt, ist daher nicht die Migration als solche. Es ist vielmehr die Migration im Rahmen der Globalisierung. Man muss nicht lange ausführen, dass Globalisierung letzten Endes der Prozess einer immer stärkeren Vernetzung von Menschen und Gesellschaft, Wirtschaft und Institutionen ist. Und dieser Prozess wird vorangetrieben durch die unglaubliche Entwicklung in den Kommunikationstechnologien – zu denen man im engeren Sinne die Systeme zur Übermittlung von Informationen, im weiteren Sinne aber auch Verkehrssysteme hinzurechnen kann.

Die Globalisierung hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Wirkungen in einem Maße, wie wir uns das früher nicht vorstellen konnten. Dass uns die Globalisierung sozial betrifft, hat mit der Wirtschaft und dem Ar-

beitsmarkt zu tun, die eben ihrerseits zunehmend global vernetzt sind.

Es hat aber auch damit zu tun, dass wir in unseren Wohlstandsgesellschaften viel stärker zur Kenntnis nehmen und nehmen müssen, was woanders passiert. Das ist eben ein weiterer Aspekt der globalen Mediengesellschaft. Wir können nicht mehr sagen, wir hätten es nicht gewusst. Die Ausrede war schon in früheren Zeiten nicht so ganz glaubwürdig. Aber heute wissen wir, was in Darfur passiert. Und irgendwann werden wir danach gefragt werden. Und wer dann sagt, er habe es nicht gewusst, müsste schon beweisen, dass er keinen Fernsehapparat hat – und selbst dann wäre es nicht wirklich überzeugend.

Gleichzeitig wissen die Menschen in anderen Teilen der Welt, wie es hier bei uns aussieht. Sie wissen, dass es reiche Länder gibt, in denen man auf die Straße gehen kann, ohne um sein Leben bangen zu müssen, in denen es selbst den Ärmern immer noch erträglich geht. Die Möglichkeit, hierher zu gelangen, ist immer noch für viele unerreichbar, sie ist es aber nicht mehr prinzipiell.

Auf diese Weise rücken die Konflikte und Krisen in anderen Teilen der Welt uns doppelt näher: zum einen, weil wir über sie informiert werden, zum anderen, weil wir von

ihnen immer potentiell mit betroffen sind. Goethe konnte noch dichten – wenn auch voll der Ironie:

„Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen,
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen,
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus;
Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus
Und segnet Fried' und Friedenszeiten.“

Dieses Bewusstsein ruhiger Distanz kann es für uns nicht mehr geben. Ich sage nicht, dass es früher richtig war, so zu denken; auf jeden Fall ist es für uns im Zeitalter der Globalisierung eine Sache der Unmöglichkeit geworden.

In all diesen Aspekten hat Globalisierung ungeheuer viel mit Migration zu tun. Globalisierung ist nicht die Ursache von Migration; die gab es, wie gesagt, schon immer. Was neu ist, ist die Dimension.

Im vergangenen Jahr wurde der Bericht der Global Commission on International Migration veröffentlicht. Diesem Bericht habe ich entnommen, dass wir weltweit fast 200 Millionen Migrantinnen und Migranten haben. Das sind

ungefähr drei Prozent der Weltbevölkerung. Und ein Drittel von ihnen ist in Europa. Im Vergleich dazu sind die Zahlen für Deutschland übrigens bescheiden und außerdem seit Jahren rückläufig. Wir denken ja schnell, wir hätten es hier am schwersten. In dieser Hinsicht ist das jedenfalls sicherlich nicht der Fall.

Aber die neuartige Dimension der Migration zeigt sich nicht nur in Zahlen, sondern daran, wie Migration sich vollzieht. Dabei gilt für die Migration dasselbe, was für die Globalisierung gilt. Wir müssen sie uns in ihren Dimensionen vor Augen führen, wir müssen sie uns auch in ihren Risiken klar machen. Jedoch sollten wir nicht nur und nicht in erster Linie an die Probleme denken.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass Migration – wie eben auch die Globalisierung insgesamt – zunächst einmal eine Chance für unser Land, für unsere Wirtschaft und für die Menschen hier ist. Migration und Globalisierung sind Herausforderungen – verbunden mit Risiken und Gefahren, aber eben auch mit Chancen und neuen Möglichkeiten.

Deutschland hat eine lange und reiche Migrationsgeschichte. Eine der größten Migrationswellen folgte dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben einen Teil der großen

Migrationswellen, die nach Deutschland kamen, selbst herbeigeführt, indem wir etwa die so genannten „Gastarbeiter“ zu uns eingeladen haben. Das war auch eine Folge des Zweiten Weltkrieges, der sehr vielen potentiellen Arbeitskräften in Deutschland das Leben gekostet hatte, die dann während des „Wirtschaftswunders“ fehlten.

So kamen die Gastarbeiter ins Land – die zunächst auch selbst davon ausgingen, irgendwann wieder in ihre Heimatländer zurückzukehren. Sie sind dann aber doch geblieben und haben ihre Familien nachgeholt. Wir dachten damals, deren Integration würde sich gleichsam von selbst vollziehen. Da das aber leider nicht so kam, haben wir heute die bekannten Integrationsprobleme.

Auch das ist nicht neu: Migration ist noch nie unproblematisch gewesen. Große Migrationsbewegungen werden von politischen, militärischen und gesellschaftlichen Krisen ausgelöst – und umgekehrt. Die Lebens- und Erwerbsbedingungen scheinen dann anderswo attraktiver als da, wo man sich gerade befindet; oder die Migration scheint gar der einzige Ausweg – wie für viele deutsche Müllers, Schulzes und Schröders im 18. und 19. Jahrhundert, die nach Amerika gingen.

Gleichzeitig kommen die Migranten an Orte, wo andere sich schon aufhalten, und das gefällt diesen nicht unbedingt. Migration spiegelt also auch die Unvollkommenheit der Welt wider und ist somit auch ein christliches Thema. Damals wie heute reflektiert Migration reale ökonomische und politische Probleme.

Wir können über Migration nicht sprechen, ohne an unsere Verantwortung zu denken, die eben auch zunehmend global ist. Deutschland, die Europäische Union, die internationale Gemeinschaft müssen Anstrengungen unternehmen, um die Bedingungen, die Menschen zu Flucht und Migration nachgerade zwingen, zu beseitigen.

Das ist in einer enger vernetzten Welt ganz unausweichlich. Und es geschieht nicht aus Altruismus, sondern in der Wahrnehmung von Eigenverantwortung und Eigeninteresse. Denn die *beati possidentes* haben mehr zu verlieren in einer Welt voller Spaltungen und Konflikte. Im eigenen Interesse sollten sie versuchen, diese Spannungen zu entschärfen. Auch das will ich nur andeuten, füge aber gleich hinzu, dass wir dabei auch nicht um die Einsätze von militärischen Einheiten herumkommen werden.

Wir werden die Debatten um solche Einsätze – ob im Kongo oder in Darfur – mit größerer Seriosität führen

müssen, als es unsere Gesellschaft – auch unsere politisch verfasste Klasse – in den letzten Jahren und Monaten zu Stande gebracht hat. Denn ohne ein Mindestmaß an militärisch abgesicherter Stabilität werden die Migrationsströme weiter zunehmen – befördert von kriminellen Schleuserbanden, die natürlich alle Möglichkeiten nutzen.

Und wir müssen Armut stärker bekämpfen. Auch das können wir nur europäisch schaffen. Das können die Deutschen nicht allein, die Franzosen nicht, die Polen nicht und kleinere europäische Länder erst recht nicht.

Unabhängig davon jedoch gilt, dass ohne die Integration derjenigen, die zu uns kommen, Migration leicht zu wirklichen Katastrophen führen kann. Die Völkerwanderung – eine Migrationsbewegung größten Ausmaßes – führte zum Ende des Römischen Reiches, was damals von vielen als Ende der Zivilisation empfunden wurde.

Dasselbe Römische Reich hatte es übrigens zuvor vermocht, jahrhundertlang ganze Völkerschaften äußerst geschickt und folgenreich zu integrieren. Die Gallier waren am Ende Römer geworden und hörten nie mehr auf, deren Sprache zu sprechen – die Geschichtswahrnehmung der Asterixbücher ist da nicht ganz zutreffend.

Heute haben wir es bei der Migration vor allem mit zwei Problembereichen zu tun: zum einen mit den kriminellen Machenschaften, die eingesetzt werden, um Menschen nach Deutschland oder überhaupt nach Europa gelangen zu lassen – man muss wissen, dass illegale Migration überwiegend organisierte Kriminalität ist –; zum anderen mit der Schwierigkeit, die sich im Gefolge der Migration stellt, nämlich mit der Integration.

Aus meiner Sicht kommt alles darauf an, dass wir diese Dinge im Zusammenhang betrachten. Das hat auch etwas mit dem christlichen Menschenbild zu tun, das den Menschen in seiner Doppelnatur sieht: in der Sünde verfangen, aber auch zur Freiheit berufen. Wir müssen beides sehen. Wer nur an den guten Menschen glaubt, irrt ebenso wie der, der nur pessimistisch ist.

Wir können die durch Migration entstehenden Chancen nur wahrnehmen, wenn wir dem kriminellen Missbrauch möglichst entschieden begegnen und wenn wir die Integration der bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten verbessern. Das eine hat mit dem anderen notwendig zu tun.

Das sage ich auch in der Debatte um die Gesetzgebung, die wir gestern im Kabinett auf den Weg gebracht haben:

Wer glaubt, es ginge nur darum, unter dem Stichwort Bleiberecht den Menschen zu helfen, und nicht auch sieht, dass wir die Mehrheitsgesellschaft immer wieder überzeugen müssen, dass dies richtig ist, dem wird auch Integration nicht gelingen, sondern der wird im Zweifel nur Ausländerfeindlichkeit erzielen. Deswegen habe ich mir gestern erlaubt, auf Kritik aus den Reihen der Linkspartei zu entgegnen, dass sie selbst ja am besten wüsste, wie groß die Versuchung sei, aus diesem Potenzial bei Wahlen auf unanständige Weise stimmen zu fangen, beispielsweise indem man von „Fremdarbeitern“ spricht.

Ich will mich heute auf das Thema Integration konzentrieren und deshalb zum Problem der Migrationskriminalität nur sagen, dass wir hier eine umfassende Lösung brauchen. Wenn wir eine reelle Aussicht auf Erfolg haben wollen, müssen wir die Kriminalität, die sich mit Migration verbindet, gemeinsam europäisch bekämpfen. Dazu nur ein Stichwort: Das Problem der Zwangsprostitution ist nicht neu, es ist aber ganz sicher auch ein Phänomen von Migration und Migrationskriminalität – und zwar eines der üblen.

Es ist schon eine Schande für unsere hoch entwickelten, freiheitlichen demokratischen Gesellschaften, dass wir – nicht nur bei der Zwangsprostitution – im Grunde Verhält-

nisse ausnutzen, von denen wir in den Geschichtsbüchern sagen: Das war aber nicht schön, dass die Sklaven gehalten haben. Wir sind nicht viel besser als diejenigen, auf die wir in den Geschichtsbüchern verächtlich herunterschauen.

Wenn man sieht, wie im Mittelmeer und vor den Kanaren Menschen als Opfer krimineller Schleuser ertrunken sind, dann sehen wir, wo das Problem in Wahrheit liegt. Mit einer reinen Liberalisierung oder nachträglichen Legalisierung von Migration ist es jedenfalls nicht getan, weil man damit geradezu die Geschäftsgrundlage für die kriminellen Schleuserbanden bereitet.

Wir haben gestern mit der Verabschiedung der Reform des Zuwanderungsgesetzes auch eine Neuregelung des Bleiberechts beschlossen. Es ist gut, dass das jetzt erreicht ist. Jedoch ist im Wortgefecht der letzten Wochen und Monate etwas untergegangen, dass es sich bei den in Deutschland nur geduldeten Ausländern um Menschen handelt, die auch dann hier bleiben würden, wenn wir keine Altfallregelung hätten, weil ihre Abschiebung aus bestimmten tatsächlichen Gründen nicht möglich ist.

Diejenigen Landesinnenminister, die nun so tun, als würde der Bundesgesetzgeber sie daran hindern abzuschie-

ben, nutzen nur die Gelegenheit, um davon abzulenken, dass sie es bislang nicht geschafft haben, die eigentlich ausreisepflichtigen Ausländer abzuschieben. Es bleiben übrigens auch nach der Neuregelung noch genügend Ausländer, die nicht unter die Altfallregelung fallen und an denen die Kritiker ihre Tüchtigkeit beweisen können. Ich prophezeie ihnen aber, dass es ihnen auch in der Zukunft nicht gelingen wird, die gewünschten Abschiebungen zu vollstrecken.

Es ging also nicht darum, wie viele geduldete Ausländer wirklich in Deutschland bleiben, sondern darum, wie man möglichst viele von ihnen in Arbeit bringen kann, damit sie nicht weiterhin die sozialen Systeme belasten. Entsprechend haben wir für geduldete Ausländer den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

Das bringt mich zum Bereich der Integration. Anders als bei der Kontrolle und Regulierung von Migrationsströmungen gilt für die Integration der Migranten das Subsidiaritätsprinzip. Das heißt, das Problem der Integration wird am besten nicht auf der globalen, sondern auf der lokalen Ebene angepackt.

Gleichzeitig müssen wir uns klar machen, dass das Problem der Integration sich heute fast ausschließlich auf die

Integration derjenigen bezieht, die bereits hier in Deutschland sind. Ich will Sie hier nicht mit zu vielen Zahlen behelligen, aber die Zuwanderung nach Deutschland ist eben seit Jahren rückläufig. Von denen, die kommen, sind wiederum die weitaus meisten Arbeitsmigranten, die temporär, zum Beispiel als Erntehelfer, nach Deutschland kommen. 2004 waren das 400.000. Es ist also irrtümlich zu meinen, man könne Integration primär über die Steuerung von Migrationsströmen erreichen. Was zu tun ist, bezieht sich in erster Linie auf die, die bereits hier sind.

Wir haben in Deutschland reiche und gute Erfahrungen mit der Integration von Migranten. Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatte Stalin die Idee, eine Stabilisierung Westdeutschlands dauerhaft dadurch unmöglich zu machen, dass er dem Land eine gigantische Zahl von Flüchtlingen aufdrückte. Das waren insgesamt 15 Millionen, eine unglaubliche Zahl und eine riesige Aufgabe für die junge Bundesrepublik.

Ich bin in einer Kleinstadt im Schwarzwald zu Hause. Ich bin alt genug, um mich noch zu erinnern, wie unsere Schulkameraden, die Flüchtlingskinder, gelebt haben und wie sie angesehen wurden. Glauben Sie nicht, dass das damals so schön war. Es erging ihnen nicht viel besser als später anderen Migrantengruppen. Natürlich gibt es

Unterschiede. Die Umsiedler konnten deutsch, und auch sonst waren die Integrationshürden niedriger. Aber wir sollten trotzdem nicht übersehen, dass auch das eine große Integrationsaufgabe für unser Land war. Und es ist gut gegangen.

Gleichzeitig ist klar: Der Wiederaufbau Deutschlands wäre ohne die vertriebenen Flüchtlinge gar nicht zu leisten gewesen. Gerade die Chancen durch Migration bei gelungener Integration können wir also an unserer jüngsten Geschichte sehen.

Heute steht die Aufgabe der Integration von Menschen im Vordergrund, die seit vielen Jahren in diesem Land leben. Immerhin machen solche Menschen mit Migrationshintergrund 20 Prozent unserer Bevölkerung aus. Oft genug sind schon die Eltern oder gar Großeltern nach Deutschland gekommen. Und trotzdem sind die Integrationsdefizite in der Generationenfolge eher gestiegen.

Nun ist es nicht so, dass es bei Menschen mit Migrationshintergrund generell Integrationsdefizite gibt, oder dass etwa alle türkischstämmigen Menschen bei uns schlecht oder nicht integriert sind, im Gegenteil. Viele sind wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch aktiv und anerkannt. Viele fühlen sich hier wohl und betrachten

Deutschland als ihre Heimat – davon konnte man letztes Jahr bei der Fußball-Weltmeisterschaft einiges sehen.

Aber es gibt eben doch Zahlen, die zeigen, dass noch viel zu tun ist. Gerade im Bildungsbereich und in der Wirtschaft ist das zu beobachten. Zu viele brechen die Schule ab, entsprechend ist die Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher als der gesellschaftliche Durchschnitt. Ein wichtiger Punkt ist zweifellos die mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache, ohne die eine volle Partizipation in unserer Gesellschaft unmöglich ist.

Solche Integrationsdefizite zu beheben, ist ein Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit insgesamt, weshalb die Bundeskanzlerin auch einen Integrationsgipfel ins Leben gerufen hat, der alle Aspekte in der Verantwortung von Bund, Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft gemeinsam mit Vertretern der Migranten aufarbeiten soll.

Dabei geht es aus meiner Sicht um eine wechselseitige Entwicklung. Die Mehrheitsgesellschaft muss lernen, die Hinzugekommenen als neue Teile unserer Gesellschaft zu betrachten, die diese Gesellschaft auch generell bereichern. Und das muss man akzeptieren. Die Hinzukommenden müssen bereit sein, bestimmte Regeln anzuer-

kennen, die in dieser Gesellschaft gelten, und in dieser Gesellschaft heimisch werden.

Integration heißt insofern nicht Assimilation an ein althergebrachtes, deutsches Lebensmodell, das es so allgemein verbindlich ja auch nicht mehr gibt. Wenn wir die Wirklichkeit unserer Städte und Gemeinden, unserer Gesellschaft anschauen, ist vieles offener, vielfältiger, bunter als früher. Und diese Wirklichkeit unterliegt einem ständigen, schnelleren und tiefgreifenderen Wandel, als es die Angehörigen meiner Generation noch lange wahrgenommen haben.

Natürlich gab es auch früher zwischen den Generationen unterschiedliche Vorstellungen davon, wie man lebt, und damit einhergehend auch immer Veränderungen in der Art zu leben. Aber es ist wohl schwer zu bestreiten, dass sich das Tempo der Veränderungen beschleunigt hat. Da spielt der technische Fortschritt eine Rolle, aber auch die Brüche des 20. Jahrhunderts, die besonders in Deutschland, aber auch in ganz Europa, die Menschen in ihrem Selbstwertgefühl verunsichert haben. So hat beides zusammen zu Entwurzelungen geführt, weswegen es nach meiner Überzeugung bei vielen Menschen ein zunehmendes Bedürfnis nach Orientierung und auch nach Nä-

he gibt. Das spricht dann wieder für den Föderalismus und für Dezentralisierung.

Wenn es aber nicht um Assimilation geht, also um die unterschiedslose Übernahme eines hergebrachten, so ohnedies nicht mehr allgemein verbindlichen Lebensmodells, dann will ich auf der anderen Seite sagen, dass ich von dem Begriff „Multikulti“ nun auch nichts halte – mit dem zugegebenermaßen auch jeder etwas anderes verbindet.

Wenn man Multikulti aber so versteht, als würden Menschen weitgehend beziehungslos nebeneinanderher leben, sich vielleicht gelegentlich begegnen, aber eigentlich nichts miteinander zu tun haben, auch gar nicht viel miteinander zu tun haben wollen, so halte ich von Multikulti nun gar nichts.

Ich bin schon der Überzeugung, dass jede stabile freiheitliche Ordnung ein möglichst hohes Maß an freiwilliger Übereinstimmung und gemeinsamen Vorstellungen davon braucht, wie man lebt und wie man zusammenlebt, wie man sich gegenseitig erträgt und aushält. Je mehr von dieser Gemeinsamkeit vorhanden ist, umso weniger braucht man Reglementierung, Bürokratie und staatlichen Zwang und umso geringer ist die Gefahr, dass die frei-

heitliche Ordnung untergraben wird. Das ist für mich der Grund, warum wir ein hinreichendes Maß an Zugehörigkeit und Zusammengehörigkeit brauchen und warum Integration gelingen muss.

Wir diskutieren immer darüber, wie wir es nennen sollen. Zusammengehörigkeit, Zugehörigkeit und Identität sind meines Erachtens das Ziel von Integration. Vielleicht kann man auch ganz einfach sagen, dass Menschen, die hier leben, sich hier auch heimisch fühlen sollten, dass sie das Gefühl haben sollten, zu Hause zu sein. Das bedeutet, sich wohl zu fühlen und vertraut zu sein. Deswegen muss es uns gelingen, dass Migrantinnen und Migranten, die zu uns gekommen sind, sich in diesem Land sicher und daheim fühlen.

Integration ist ein zweiseitiger Prozess. Sie ist keine Einbahnstraße. Sie setzt zum einen voraus, dass die Zuwanderer hier heimisch werden **wollen**. Wer das partout nicht will, wer beispielsweise nicht will, dass seine Kinder in einer offenen westlichen Gesellschaft aufwachsen, weil ihn daran vieles stört, der trifft eine falsche Entscheidung, wenn er auf Dauer in diesem Land lebt. Man muss die Lebensbedingungen unseres Landes akzeptieren. Man kann an ihrer Gestaltung mitwirken, man muss sie dann aber auch akzeptieren.

Und umgekehrt müssen diejenigen, die schon länger hier leben, auch wollen, dass die Zuwanderer heimisch werden. Und wir müssen nicht nur wollen, dass sie heimisch werden, sondern wir müssen auch wissen, dass sich dadurch unsere Lebensverhältnisse und wir selbst uns im Laufe der Zeit ein Stück weit verändern werden.

Ich habe bislang über Migration und Integration als politische Herausforderung gesprochen. Was bedeutet dies nun für Christen in unserem Land? Inwiefern hat der Politiker im Angesicht dieser Herausforderungen besondere Erwartungen an Christen? Ich bin der Überzeugung, dass sich gerade angesichts großer Herausforderungen der christliche Glaube als wichtige Ressource politischer und ethischer Urteilsbildung bewährt hat. Das Alte und das Neue Testament sind zwar keine politischen Programme. Sie sind aber ein guter Grund, um gerade auch großen Herausforderungen zu begegnen.

Ich will das am Beispiel unseres Themas konkretisieren. Es ist ja eine Tatsache, dass die Angelegenheiten von Migranten und Flüchtlingen, von Menschen, die nach Deutschland kommen, um hier Zuflucht und eine neue Heimat suchen, traditionell und zu Recht ein zentrales Anliegen von Kirchen und individuellen Christen gewesen

sind. Es unterliegt keinem Zweifel, wie viel in dieser Hinsicht an karitativer und für die Gemeinschaft insgesamt bedeutsamer Arbeit aus christlichem Engagement geleistet wird. Ich wünsche mir, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Dennoch sehe ich ein Problem, das ich aus Sicht des christlichen Politikers ansprechen will. Wir müssen darauf achten, dass auch Zuwanderer, nur weil sie arme und bedrängte Menschen sind, nicht ausschließlich gute Menschen sein können. Denn auch da gibt es viel Missbrauch – nicht nur durch kriminelle Organisationen, sondern auch durch die Menschen selbst.

Der Staat aber, der Toleranz, Freiheit, Gewaltlosigkeit, Friedfertigkeit und Offenheit erhalten will, muss auf die Einhaltung von Regeln achten. Und deswegen dürfen wir nicht in einen Wettbewerb eintreten, der den besten Gutmenschen ermitteln will und dabei die politische Verantwortung von Entscheidungen außer Acht lässt. Und da würde ich mir dann manchmal doch so manche Debatte realistischer und stärker im christlichen Menschenbild von der Doppelnatur verankert wünschen.

Manche sehen einen unauflöselichen Widerspruch zwischen christlicher Ethik und politischer Verantwortung –

so auch Max Weber, der davon sprach, dass die absolute Ethik der Bergpredigt kein Fiaker sei, bei dem man nach Belieben auf- und absteigen könne. Deshalb führte der christliche Glaube aus seiner Sicht zu einer reinen „Gewissensethik“, während der Politiker der „Verantwortungsethik“ bedarf.

Mir ist dieser Gegensatz zu einfach. Ich denke, wer um die Natur des Menschen weiß und die Verantwortung übertragen bekommt, eine Ordnung für menschliches Leben zu gestalten, der muss dieser Doppelnatur Rechnung tragen. Deswegen gibt es diesen Gegensatz nicht. Man kann Politik nur für die Menschen machen, die es tatsächlich gibt, und nicht für die, die sich die Marxisten erträumen. Das ist das Vorrecht der Diktatur und der Ideologien: Politik für Menschen zu machen, wie man sie gerne hätte. Damit wird Politik unmenschlich und unfreiheitlich, und das wollen wir nicht.

Deswegen müssen wir auch und gerade in christlicher Verantwortung immer sehen, dass politische Handlungen nicht im Vakuum vorgenommen werden. Jede Entscheidung hat Konsequenzen, die man im Blick haben muss und für die man auch verantwortlich ist.

Eine Erwartung des christlichen Politikers im Zusammenhang mit Migration und Integration ist deshalb, diese Natur politischen Handelns wahrzunehmen und zu akzeptieren. Niemand kann alle Folgen von Handlungen mit Gewissheit voraussagen. Und es geht im politischen Geschäft nicht zuletzt darum, durch Ideenwettbewerb zu möglichst tragfähigen Handlungsoptionen zu gelangen – in dem Wissen, dass es die absolute Wahrheit ebenso wenig wie die hundertprozentig richtige Lösung gibt. Dies ist übrigens auch die Voraussetzung für Pluralismus und Demokratie.

Das aber ist etwas anderes als eine Verweigerung der Notwendigkeit gegenüber, politisches Handeln mit Blick auf wahrscheinliche Folgen zu bedenken und zu begründen. Ich bin schon davon überzeugt, dass die Verweigerung der Berücksichtigung der Folgen von politischen Entscheidungen nichts mit christlichem Glauben zu tun hat, und hoffe in diesem Sinne auf zuweilen mehr konstruktive Auseinandersetzungen in diesem Politikfeld.

Es gibt im Zusammenhang mit der Integrationsdebatte noch einen anderen Bereich, der unmittelbar mit dem Christsein in dieser Gesellschaft zu tun hat und wo der Politiker deshalb Erwartungen gerade an Christen hat. Das ist die Notwendigkeit, die zu uns Zugewanderten mit

ihrer eigenen Religion in unser politisches, rechtliches und gesellschaftliches Leben zu integrieren.

Die große Herausforderung, vor der wir da stehen, bildet in dieser Hinsicht natürlich der Islam. Die Regierung hat eine auf längere Sicht angelegte Islamkonferenz begonnen, deren Ziel es sein muss, die möglichst umfassende Partizipation von Muslimen an dem bei uns erprobten und bewährten Kooperationsmodell von Staat und Kirchen zu erreichen.

Unser Staatskirchenrecht samt der Religionsfreiheit ist ja auf ein Verhältnis der Partnerschaft angelegt. Wir sind säkular und weltanschaulich neutral, aber wir sind eben nicht laizistisch. Die Kirchen haben eine öffentliche Aufgabe. Es ist auch nicht wahr, dass nach der Ordnung unseres Grundgesetzes Religion nur Privatsache sei. Unsere freiheitliche Verfassung ist auf die Ressourcen der Religion angewiesen.

Nun müssen wir versuchen, diese Erfahrungen, die sich bewährt haben, auf den Islam anzuwenden. Das ist schon deswegen schwierig, weil der Islam nicht wie die Kirchen verfasst ist.

Wenn wir etwa Religionsunterricht an staatlichen Schulen abhalten, machen das Staat und Kirchen in Partnerschaft. Solche Partnerschaft muss sich in der muslimischen Community in Deutschland erst entwickeln. Das zeigt im Übrigen das Prinzip, dass Integration bedeutet, in den Verhältnissen dieses Landes heimisch zu werden. Und eine Voraussetzung dafür ist die Akzeptanz von Pluralität und Toleranz, von allgemein verbindlichen Rechten und Pflichten, von der Universalität der Menschenrechte und deshalb auch von der Trennung von weltlicher und geistlicher Ordnung.

Manche sagen, die Religion ist bei uns durch Reformation und Aufklärung „cooler“ und nicht mehr so „heiß“ wie in anderen Teilen der Welt. Damit wird die Gefahr, dass im Namen von Religion Gewalt ausgeübt und Kriege geführt werden gemäßigert. Wenn der Islam Teil Deutschlands und Europas werden will, muss er die Trennung von weltlicher und religiöser Ordnung akzeptieren.

Das sind die Ziele, die wir mit unseren Integrationsbemühungen erreichen müssen. Es ist zwangsläufig so, dass diese Entwicklung Konsequenzen für die Rolle der Kirchen in unserem Land hat, auch wenn es natürlich dabei bleiben wird, dass das christliche Erbe für den Rahmen unserer Ordnung bestimmend ist. Wir haben schon mehr

als drei Millionen Muslime in unserem Land, und in manchen Schulen ist die Zahl muslimischer Schüler größer als die Zahl der Christen.

Natürlich ist auch unsere Kultur stärker durch das Christentum geprägt. Der Kölner Dom hat eben noch einmal eine andere Bedeutung für die Kultur dieses Landes als eine noch so schöne Moschee in der gleichen Stadt.

Wer vom Christentum gar nichts mehr weiß, läuft eigentlich wie ein Blinder durch unsere Städte. Ein Mindestmaß an christlicher Alphabetisierung ist im Grunde überhaupt Voraussetzung, um Zugang zu einem Großteil des kulturellen Erbes zu haben. Wie wollen Sie die Johannespassion von Johann Sebastian Bach begreifen, wenn Sie vom Leiden und Sterben Jesu Christi nie gehört haben?

Die Christen bilden darüber hinaus immer noch die Mehrheitsgesellschaft in diesem Land. Und dazu gehört bei aller Rücksicht auf Minderheiten auch, dass die Anliegen der Mehrheit selbst nicht an den Rand gedrängt werden dürfen. Aber es bleibt dabei, dass Christen und christliche Kirchen von dem Verlust ihrer monopolähnlichen Stellung als Religion in unserem Lande betroffen sein werden. Wir werden Teil einer pluraleren religiösen Landschaft in

Deutschland sein. Und es hängt viel davon ab, wie wir damit umgehen.

Wir sprechen viel darüber, wie die Muslime selbst mit dieser Herausforderung umgehen oder umgehen sollten, dann auch über den Staat und die Gesellschaft insgesamt, aber es gibt eben auch eine besondere Aufgabe für Christen, sich mit dieser neuen Situation auseinanderzusetzen.

Dazu will ich nur eines sagen: Wir Menschen neigen dazu, Dinge, die selbstverständlich zu sein scheinen, nicht mehr zu schätzen. Die Ökonomen nennen dies das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen. Die Christen kleiden es in den Erfahrungssatz, dass der Gottesdienstbesuch in schlechteren Zeiten besser ist als in besseren.

Nun konfrontieren uns Teile der Muslime mit einer Religiosität, die uns zunächst vielleicht irritieren mag. Vielleicht liegt darin eine Chance – eine Aufforderung liegt ganz sicher darin –, uns unseres eigenen Standpunktes oder unseres Glaubens wieder bewusster zu werden. Und insofern ist diese Herausforderung mehr Chance als Bedrohung.

Ganz sicher ist es so, dass wir zum offenen, toleranten Miteinander mit Muslimen besser in der Lage sind, wenn wir unseres eigenen Standpunktes, unseres eigenen Glaubens einigermaßen sicher sind. Wer keinen Standpunkt hat, ist auch für den anderen nicht als Partner attraktiv.

Und in diesem Sinne kann man dann vielleicht sogar mit Lessings Ringparabel schließen:

„Es eifre jeder seiner unbestochnen
Von Vorurteilen freien Liebe nach!
Es strebe von euch jeder um die Wette,
Die Kraft des Steins in seinem Ring' an Tag
Zu legen! komme dieser Kraft mit Sanftmut,
Mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohltun,
Mit innigster Ergebenheit in Gott
Zu Hilf!“

Wenn wir es schaffen, auf dieser Grundlage andere als gleichwertig – aber nicht als gleich – zu betrachten und mit ihnen zusammenzuleben, ist Migration für uns Bereicherung und wird Integration gelingen.